

Bas für Nullrunde beim Bürgergeld

Stand: 31.08.2025 15:09 Uhr

Nach der Nullrunde in diesem Jahr wird das Bürgergeld wohl auch im kommenden Jahr nicht erhöht. Das geht aus Plänen von Arbeitsministerin Bas hervor. Zustimmung dafür kommt aus Reihen der Union, scharfe Kritik von der Linkspartei.

Wer Bürgergeld bekommt, muss sich nach den Plänen von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) im kommenden Jahr erneut auf eine Nullrunde einstellen. Das bestätigte ein Sprecher des Ministeriums mehreren Nachrichtenagenturen. "Der gesetzlich vorgelegte Fortschreibungsmechanismus führt zum 1. Januar 2026 zu keiner Veränderung der Regelbedarfshöhen", erklärte der Sprecher.

Die sogenannten Regelbedarfe für Bürgergeldempfängerinnen und Bürgergeldempfänger bleiben damit auch 2026 bei 563 Euro im Monat für Alleinstehende. Kinder erhalten weiterhin je nach Alter 357 bis 471 Euro. In den Jahren 2023 und 2024 waren die Regelsätze als Inflationsausgleich deutlich erhöht worden. In diesem Jahr folgte eine Nullrunde. Das war auch für 2026 bereits erwartet worden. Das Bundeskabinett soll die Nullrunde am 10. September beschließen.

Nach Regierungsangaben gab es 2024 insgesamt rund 5,5 Millionen Bürgergeldbezieherinnen und Bürgergeldbezieher. Davon waren knapp vier Millionen erwerbsfähig - also grundsätzlich in der Lage, mindestens drei Stunden am Tag zu arbeiten. Die Zahlungen lagen im vergangenen Jahr demnach insgesamt bei rund 47 Milliarden Euro.

13.08.2025

Studie zu Mindestlohn und Bürgergeld **Arbeiten lohnt sich**

Oft steht die Behauptung im Raum, das Bürgergeld sei so üppig, dass sich ein Job nicht lohnt. Eine Studie kommt zu einem anderen Schluss. [mehr](#)

Bas für mehr Sanktionen

Bundesarbeitsministerin Bas will zudem härtere Sanktionen für Bürgergeldempfänger durchsetzen - etwa bei Terminversäumnissen. "Wer ohne Grund nicht zum Termin kommt, dem wird jetzt deutlich mehr gestrichen.

"Das Signal ist klar: Wir helfen auf dem Weg in Arbeit, aber dafür muss man mitmachen. Alles andere ist unfair gegenüber denjenigen, die jeden Morgen aufstehen", sagte [die SPD-Politikerin der Bild-Zeitung](#).

Linken-Chef: Politik, "die bei den Ärmsten knausert"

Der Parteichef der Linken, Jan van Aken, kritisierte die Pläne von Bas in der [Rheinischen Post](#) als eine Politik, "die bei den Ärmsten knausert und den Superreichen nützt". "Die geplante Nullrunde beim Bürgergeld ist eine zutiefst ungerechte Entscheidung und ein unverantwortlicher Angriff auf das Existenzminimum", [sagte auch die Linken-Sozialpolitikerin Cansin Köktürk dem Redaktionsnetzwerk Deutschland](#).

Der Paritätische Gesamtverband warf der Koalition vor, mit diesem Schritt die soziale Spaltung zu vergrößern. "Die Preise steigen stetig, Pensionen und Abgeordnetendiäten wurden deutlich erhöht", sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Joachim Rock, der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten. "Die zweite Nullrunde im Bürgergeld hintereinander bedeutet mehr Not und wachsende Ausgrenzung derer, die am wenigsten haben", fügte er hinzu.

Union begrüßt Nullrunde

Die Union begrüßte dagegen die geplante Nullrunde. Sie zeige, "dass die Bürgergeldkosten nicht immer weiter steigen müssen", sagte der Parlamentsgeschäftsführer Steffen Bilger der Rheinischen Post. Zudem seien grundlegende Änderungen wie etwa mehr Sanktionsmöglichkeiten und mehr Unterstützung bei der Arbeitsvermittlung "überfällig", so der CDU-Politiker. Das wolle die Koalition in der neuen Grundsicherung verankern. Auch die SPD verteidigte das Vorgehen der Ministerin: Bei den Plänen von Bas gehe es um einen weiteren Schritt in Richtung einer notwendigen Reform des Bürgergelds, sagte SPD-Parlamentsgeschäftsführer Dirk Wiese.

Union und SPD haben sich Reformen der Sozialversicherungssysteme vorgenommen. Das betrifft auch das Bürgergeld. Hintergrund sind steigende Kosten und die Sparzwänge im Bundeshaushalt. Allerdings liegen die Positionen der Parteien noch weit auseinander - so sieht die SPD Kürzungen bei den Sozialleistungen kritisch.

30.08.2025

Merz fordert Sozialreformen "[Wir können uns dieses System nicht mehr leisten](#)"

Kanzler Merz hat die Bürger auf harte Einschnitte bei den Sozialausgaben eingestimmt. [mehr](#)

Merz: "Leben seit Jahren über unsere Verhältnisse"

Bundeskanzler Friedrich Merz bekräftigte am Wochenende seine Forderung nach tiefgreifenden Reformen und auch Einschnitten im Sozialsystem. "Wir können uns dieses System, das wir heute so haben, einfach nicht mehr leisten", sagte er auf dem Landesparteitag der NRW-CDU in Bonn. "Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse", kritisierte der CDU-Chef.

Konkret nannte er das Bürgergeld. Denn "so wie es ist, kann es nicht bleiben". Verantwortlich dafür seien nicht die Leistungsempfänger, sondern die Politik. Die Regierung wolle dies ändern und dafür sorgen, dass auch die junge Generation die Chance auf Wohlstand und sichere Arbeitsplätze habe, so Merz. Der Weg zu Reformen werde mühsam sein, aber "ich bin fest entschlossen, diesen Weg zu gehen", ungeachtet aller politischen Widerstände, sagte der Kanzler.

Sozialverband kritisiert Merz

Der Sozialverband Deutschland warf Merz Verzerrungen vor. Er erwecke "den Anschein, der Sozialstaat würde uns finanziell ruinieren", sagte Verbandschefin Michaela Engelmeier der Nachrichtenagentur dpa. "Das ist nicht nur sachlich falsch, sondern gesellschaftlich gefährlich." Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall nannte Reformen angesichts der langen Wirtschaftskrise überfällig. Fast jeder dritte Euro des Bruttoinlandsprodukts fließe inzwischen in Sozialausgaben.

Christina Nagel, ARD Berlin, tagesschau, 31.08.2025 11:54 Uhr